

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N^o 9.

Halle, Mittwoch den 7. Januar
Erste Ausgabe.

1852.

Deutschland.

Berlin, d. 5. Jan. Der Staatsminister und Ober-Präsident der Provinz Westfalen, Dr. von Duesberg, ist von Münster und der Regierungs-Präsident, Staats-Minister von Bodelschwingh, von Arnberg hier angekommen.

Vorgestern Abend fand im Ministerium des Innern unter dem Vorstehe des Minister-Präsidenten die Konferenz statt, zu welcher der Ober-Präsident v. Schleinitz und der Regierungs-Präsident Graf Pückler aus Schlesien hierher berufen waren, und in welcher über die bei etwaigen Nothständen in Oberschlesien zu ergreifenden Maßregeln beraten wurde. Dem Vernehmen nach ist beschlossen worden, von Staats wegen vorläufig kein anderes Mittel zu ergreifen, als die Eröffnung von Arbeitsstellen. Wo die bereits etatsmäßigen Bauten (eine Chaussee und eine Zweig-Eisenbahn in den Bergwerks-Districten) in jenen Kreisen nicht eine ausreichende Anzahl von Arbeitsstellen bieten, haben die Kreise resp. Communen ihrer Seits dafür zu sorgen, gemeinnützige Unternehmungen in Vorschlag zu bringen, die, wenn sie von der Regierung als solche anerkannt worden sind, von dieser durch Prämien in der Ausführung unterstützt werden.

Auf dem Etat des Kriegsministeriums für 1852 findet sich die Herstellung und Einrichtung der Burg Hohenzollern zu einem militärischen Posten. Diefelbe ist durch einen Bericht der zur Verwaltung der Fürstenthümer Hohenzollern eingesetzten königlichen Intendantocommission motivirt. Die Kosten sind auf 160,000 Thlr. veranschlagt, von welcher Summe die Kammer pro 1852 100,000 Thlr. zu bewilligen haben. Das militärische Retablissement der Burg soll sich, wie schon aus dem geringen Kostenanschlage hervorgeht, auf die Herstellung der äußeren Encinte, die Anlage eines fahrbaren Weges aus der Ebene bis auf den obern Schloßhof und die Beschaffung

einer Wohnungslocalität für die Besatzung, die sich in Friedenszeiten nur auf 150 Mann belaufen wird, erstrecken.

In dem neuesten handelspolitischen Artikel der „Preuss. Ztg.“ werden „zur Erklärung der Handlungsweise der preussischen Regierung, welche, seit Jahren bemüht eine deutsche Zollvereinheit zu Stande zu bringen, die Mitwirkung bei der österreichischen für jetzt ablehnt“, die Bedenken erörtert, „welche in dem Wiener Reichsrathe selbst zur Sprache gekommen sind und den Fürsten Schwarzenberg bereits dahin gebracht haben sollen, mit den Zollprojekten vorwärts zu schreiben, ohne Mitwirkung der Finanz- und Handelsministerien, weil deren Einmischung, auf konkrete Verhältnisse und Sachkenntnis gestützt, unbequem zu werden drohte.“ Diese Bedenken betreffen die Verschiedenartigkeit der deutschen und der österreichischen Gewerbe-Gesetzgebung, das Tabakmonopol und das in Oesterreich bestehende Verzehrungsfeuersteuersystem.

In Bezug auf die beabsichtigte Reaktivierung des Staatsrathes bemerkt das C. B., daß an maßgebender Stelle sich verschiedene Meinungen darüber geltend machen, ob bei der Reaktivierung des Staatsrathes lediglich die denselben früher bildenden Persönlichkeiten einzuberufen seien, oder ob der ins Leben zu rufende Staatsrath durch neu zu ernennende Personen zu bilden sei.

Die Preussische Wehrzeitung bringt eine sehr beachtenswerthe Hindeutung auf einen Artikel der londoner Naval and Military Gazette, in welchem über die Sicherheit Englands angesichts der Vorgänge in Frankreich Klage geführt wird. Die militärischen Journalisten sehen in den gegenwärtigen Zuständen der britischen Monarchie eine große Gefahr, sie fürchten eine französische Invasion und klagen die Legislatur und die Regierung der Sorglosigkeit und des Mangels an Wachsamkeit an.

Won „guter Hand“ geht der „B. Z.“ von hier die Nachricht

Literarischer Tagesbericht.

Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. Von G. H. Persk. Viertes Band. Berlin. 3/4 Thlr.

(Fortsetzung aus Nr. 8.)

Der Refler dieses merkwürdigen Despotismus wurde in den Verhandlungen über die deutsche Verfassung wiedergefunden. Württemberg erklärte nämlich in Gemeinschaft mit Baiern im deutschen Ausschusse am 20. Dec. 1814: „Der König besitze unbedingte Regierungsrechte über seine Unterthanen, könne ihnen daher das Recht der Berufung an den Bundestag nicht einräumen; er table die beabsichtigte Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte jeder Klasse der Nation, da es noch die Frage sei, was unter verfassungsmäßigen Rechten zu verstehen sei und ob selbige mit dem Zwecke des Bundes in Verbindung kommen; auch könne es nicht Absicht sein, aus verschiedenen Völkernschaften z. B. Preußen und Baiern, so zu sagen eine Nation schaffen zu wollen.“ Ferner „erklärte sich Württemberg gegen Beschränkung der Souveränitätsrechte insbesondere durch Unterfugung des Kriegszwangs, Niederlegung eines Bundesgerichts und Ausprechen eines Minimum ständischer Rechte, so wie auch gegen die Erväuhung von Unterthanenrechten, welche in einem Saatsvertrage durchaus wegfallen müßte. Weide, Württemberg und Baiern, erklärten sich auch gegen Oesterreichs und Preußens Doppelsinne und gegen die Aufnahme der Fürsten in den Bund, welchen sie vielmehr nur zu einem Mittel eigner Herrschaft benutzen zu wollen schienen.“

Wenden wir uns zu einem dritten Theilnehmer, von dessen Mitwirkung die Neugestaltung Deutschlands und die Wiederherstellung der europäischen Ordnung auf dem Wiener Kongresse abhing, zu dem Großherzogthum Baden. In einer Denkschrift an den Kaiser Alexander,

den Schwager des Großherzogs von Baden, vom 25. Nov. 1814 schrieb Stein: „Es fehlt diesem Lande zu seinem Glück Nichts als eine väterliche, gerechte und thätige Regierung — es erfreute sich einer solchen unter dem vereinigten Großherzog Karl Friedrich, und findet sich derselben beraubt seit der Regierung des Großherzogs Karl Ludwig, dessen Trägheit und Hang zum Despotismus die Bewegung der Regierung entweder aufhält oder drückend macht. Männer, welche seine Regierung sehr genau kennen, versichern, daß seit 1811, wo er sie übernommen, mehr als 15000 Ausfertigungen, die er zu unterzeichnen gehabt hätte, in seinen Zimmern aufgehäuft liegen geblieben sind — seine Neigung zum Despotismus hat sich noch so eben gezeigt durch die Weigerung am 16. d. M., die Erklärung einer großen Zahl deutscher Fürsten zu unterzeichnen, worin sie ihren Willen zu Errichtung von Landständen mit deren wesentlichen Berechtigungen ausprechen. Seine Trägheit, sein Despotismus werden weniger drückend gemacht werden, wenn er einen Stellvertreter oder ersten Minister ernannt, wenn er seiner Macht durch Errichtung von Landständen mit den wesentlichen Berechtigungen der Theilnahme an Gesetzgebung und Wehrsteuer Schranken setzt.“ Der Schwager des Großherzogs, der Kaiserin Elisabeth von Rußland, schrieb Stein am 29. Novbr.: „Abneigung von Geschäften und Hang zur Willkür, und durch subalterne Einwirkungen unterhaltenes Mißtrauen des Regenten sind die Quellen der Zerrüttung des schönen Landes und der Leiden seiner Bewohner.“ Am Tage vorher hatte Stein eine Unterredung mit der Kaiserin über denselben Gegenstand, und in Gegenwart des Großherzogs „sprach er sich über dessen Regierungsgear ganz freimüthig und unbefangenen aus.“ Ohne alle Einsicht in die Mächten eines Regenten bekundete „der Großherzog seine Regierungsunfähigkeit durch das größte Mißtrauen. Statt sich bei dem Rathe eines oder einiger bewährter Männer zu beruhigen, fragte er gewöhnlich über denselben Gegen-

zu, „dass die deutsch-dänische Angelegenheit erlebigt worden ist, wenn gleich die Unterzeichnung der betreffenden Uebereinkunft zwischen den beiden deutschen Großmächten und Dänemark noch nicht stattgefunden hat. In Folge dieses Ergebnisses werden die deutschen Truppen, wie es heißt, noch im Laufe dieses Monats Holstein räumen. In Hamburg dagegen und dessen Umgegend wird wenigstens vorläufig noch ein österr. Truppenkorps stehen bleiben, eine Maßregel, welche sich daraus erklärt, daß es aus Gründen der Politik und der diplomatischen Etiquette erforderlich erscheint, eine auch äußerlich wahrnehmbare Garantie dafür zu haben, daß mit der Erfüllung der Bedingungen, zu denen sich Dänemark verpflichtet hat, und unter welchen die Einberufung der Provinzialstände in Schleswig und Holstein die erste und hauptsächlichste Stelle einnehmen dürfte, wenigstens der Anfang gemacht werde.“

[Achte Sitzung der zweiten Kammer am 5. Januar.]
Präsident: Graf Schwerin.

Tagesordnung: 1) Nochmalige Abstimmung über das Amendement des Abgeordneten Nobiling und Genossen. 2) Abstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Melioration der Niederung der schwarzen Elster. 3) Abstimmung über die mit der königl. sardinischen Regierung unter dem 20. Mai d. J. abgeschlossene Additonal-Convention zu dem Handels- und Schiffsfahrts-Vertrage vom 23. Juni 1845. 4) Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten.

Die Sitzung wird um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank die Herren v. Mantuffel, v. d. Heydt, Simons, v. Westphalen, v. Kaumer, v. Bodelschwingh. — Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Präsident macht hierauf einige geschäftliche Mittheilungen, betreffend den Austritt mehrerer Mitglieder, den Eintritt Neuwähler, sowie verschiedene Urlaubsgesuche. — Ein Schreiben des Ministerpräsidenten zeigt den Rücktritt des Kriegsministers v. Stochhausen, sowie die interimistische Uebertragung des Kriegsdepartements an den Generalmajor v. Wangenheim an. — Ein Schreiben des Finanzministers benachrichtigt die Kammer, mit Bezug auf einen kürzlich gestellten Antrag des Abg. v. Goetz, daß die Regierung nicht beabsichtigt, einen Bericht über die Finanzverwaltung von 1851 vorzulegen, daß hingegen der Rechenschaftsbericht über die Staatsüberschreitung für 1849 und 1850 in dieser Session, die allgemeine Rechnung für 1850 aber, nach erfolgter Prüfung durch die Ober-Rechnungskammer, in der nächsten Session vorgelegt werden könne. Der Präsident überreicht das Schreiben der General-Budgetcommission. v. Vinke beantragt, der Wichtigkeit des Schreibens wegen, daß dasselbe gedruckt werde. Die Kammer tritt dem Antrage bei.

Der Ministerpräsident übergibt im Allerhöchsten Auftrage den mit der niederländischen Regierung abgeschlossenen Handelsvertrag vom 31. Dec. zur Berathung und Beschlußnahme.

Der Finanzminister übergibt den oben erwähnten Rechenschaftsbericht über die Staatsüberschreitungen von 1849 und 1850. — Der Justizminister übergibt den in §. 64 des rheinischen Gemeinheitsvertheilungsgesetzes von 1850 vorgesehenen Gesetzentwurf eines Kostententwurfs.

Die Kammer schreitet hierauf zur Abstimmung über das Meliorationsgesetz für die Niederung der schwarzen Elster sowie über die Additonal-Convention mit Sardinien; beide Gesetze werden angenommen.

Hierauf wird zur Präsidentenwahl geschritten. (Vizepräsident Geppert nimmt den Präsidentenstuhl ein.) Das Resultat der Wahl ist folgendes: Abgegeben werden 222 Stimmgellet, darunter 4 ungültige; absolute Majorität 140. Stimmen erhalten: Graf v. Schwerin: 146. v. Bodelschwingh (Hagen): 131. Graf v. Arnim-Boitzenburg: 1. Der Abg. Graf v. Schwerin ist demnach zum Präsidenten für die Dauer der Session erwählt.

Präs. Graf v. Schwerin: M. H. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, mit dem Sie mich auch in den Rest der Legislatur auf der Leitung unserer Geschäfte beauftragt haben. Im Uebrigen gestatten Sie mir die Versicherung, die ich bei der ersten Präsidentenwahl gegeben habe, zu wiederholen: daß ich nach besten Kräften mich dieser Aufgabe unterziehen werde. Und so lassen Sie uns mit frischem Muth an die uns vorliegenden Arbeiten gehen, mit Vertrauen

stand zehn vornehme und geringe Diener um Rath, letztere heimlich. Natürlich waren die Rathschläge einander entgegengesetzt und Ausflüsse der verschiedensten Leidenschaften, die der geistesschwache Herr nicht zu durchschauen vermochte und deshalb nichts besseres thun zu können glaubte, als die Sachen ohne Entscheidung hinzulegen.“ Dies ist der Fürst, von dem Napoleon sagte: Ce prince est indecorable!

Wie es um die andern fürstlichen Höfe stand, in deren Hände das Schicksal Deutschlands mit geleigt war, darüber nur ein Paar Notizen aus einem Briefe Kennenkaufs an Stein vom 1. Aug. 1814: „In Gotha bin ich den Mittag bei Hofe gewesen. Der Herzog war kurz vorher zum ersten Mal in seinem Leben auf einer Jagd gewesen, in seiner Kutsche, und hatte verboten zu schliefen, weil er bei jedem Schuß erschrickt. Er hat mich keiner andern Rede aus seinem hochfürstlichen Munde gewürdigt, als der Calambours, die ich schon vor 5 Jahren von ihm hören mußte. Seine Gemahlin hat sich sehr klug benommen, sie hat geschwiegen. Prinz Friedrich war im Fache, um alte und neue Sünden abzuwaschen; man hat sehr viel Muth, wenn man noch hoffen kann, Mohren weiß zu waschen. — In Weimar habe ich nur Frauen und eigentlich gar keinen Mann gesehen; Goethe verrieth gerade. Die Herzogin konnte nicht genug von Bernabotte hören und ich habe ihr denn auch zur Genüge damit aufgemauert.“ (Fortsetzung folgt.)

und Zuversicht auf die Zukunft, auf die Mission Preußens. Wie verschiedene Auffassungen in diesem Saale auch gehört werden mögen, eine Fehle ist es, unter der wir uns alle immer wieder sammeln: wir haben Alle geschworen Treue und Gehorsam dem Könige und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung. (Beifall links.)

Es wird hierauf zur Wahl des ersten Vicepräsidenten geschritten. Stimmen erhalten: Geppert 165, Simson 103. Der Abg. Geppert ist somit zum ersten Vicepräsidenten gewählt. Derselbe richtet einige Worte des Dankes an die Kammer. (Schluß folgt.)

Wien, d. 4. Januar. (Tel. Dep.) Fürst Schwarzenberg hat das Großkreuz des St. Stephans-Ordens, Dr. Bach das Großkreuz des Leopold-Ordens erhalten.

Aus Wien vom 30. Decbr. theilt man der Breslauer Zeitung folgende Gerüchte mit: In militärischen Kreisen herrscht allgemein die Ansicht, daß im nächsten Frühjahr die Armee auf den Kriegszug aufgesetzt werde, um die Herstellung der Ordnung in Frankreich zu vollenden, wobei weniger die Politik des Präsidenten der Republik bearwohnt wird als man vielmehr die Rolle eines Monk bei Ludwig Napoleon voraussetzt. Gleichzeitig ist davon die Rede, daß noch im Laufe des Winters von dem Armeekorps in Böhmen eine entsprechende Truppenzahl, man sagt 25,000 Mann, nach dem Norden rücken solle, um die Küsten der Nord- und Ostsee zu besetzen, da bei dem Ausbruche eines Kampfes in Frankreich die norddeutschen kriegs Contingente als Besatzung in die Festungen gelegt werden dürften, indessen das entlassene Land einen Schutz gegen die durch eine derartige Gelegenheit jedenfalls aufgeladene Kampfgier der Dänen braucht. Es muß jedoch befremden, daß für diese Eventualitäten lebhaft das entfernte Oesterreich berufen sein soll, während das nahe Preußen hierbei gänzlich unerwähnt bleibt.

Italien.

Turin, d. 31. Dec. (Tel. Dep.) Botta's Antrag, die Debatte über den Handelsvertrag mit Oesterreich zu suspendiren, bis zwei, den Gegenstand betreffende, österreichische Noten gedruckt und ausgetheilt sein würden, ward von der Deputirtenkammer angenommen. Bei der Erörterung des Kriegsministerbudgets besetzte sich Lyons über die Armeeverwaltung. Toki billigt einige der neu ergriffenen Armeemaßregeln, will jedoch die bewaffnete Macht bis zu 400,000 Mann vermehrt wissen. Die Kriegsminister sucht diese Vorwürfe und Befürchtungen zu entkräften.

Frankreich.

Paris, d. 2. Januar. (Tel. Dep. des Preuss. Staats-Anzeigers.) General Castellane hat alle Arbeiter-Associationen von Lyon aufgelöst. Herr v. Montalembert soll der Postamt rufen in Rom angeboten und Herrn v. Rayneval der Posten in Wien zugebachten sein.

Paris, d. 3. Januar. (Tel. Dep. des Preuss. Staats-Anzeigers.) Das „Bulletin de Paris“ meldet mit Bestimmtheit eine befriedigende Lösung der Flüchtlingsfrage als erste Folge von Palmerston's Rücktritt. Es scheint beschlossen, die sterblichen Reste des Herzogs von Reichstadt mit Oesterreichs Einwilligung hierher zu bringen. Auf Foule's Antrag ist Blondel zum General-Finanz-Inspektor und Director der Verwaltung der direkten Steuern ernannt.

Amerika.

Newyork, d. 20. Dec. Im Senat zu Washington ist schon von Walker aus Wisconsin eine Resolution eingebracht worden, welche Kossuths Doktrin der Nichtinvolvement Mitglieder der Vereinigten Staaten proklamirt; es soll darin ausgesprochen werden, daß die Vereinigten Staaten zwar dem Prinzip der Nichtinvolvement in die inneren Angelegenheiten fremder Völker treu bleiben wollen, dagegen wenn andere Mächte dieses Prinzip in einem bestimmten Falle verletzen, auch ihrerseits die Einmischung für gerechtfertigt erklären. Auch sollen andere konstitutionelle Staaten aufgefordert werden, sich dieser Politik anzuschließen. — Das Mindeste, was Kossuth zu Stande bringen wird, ist ein bedeutender Geldfonds. Ein Comitee zur Bildung eines solchen ist in Newyork schon zusammengetreten. Im Kongreß sind besonders die Mitglieder der westlichen und nordwestlichen Staaten für ihn; auch ist schon von einer Kongreßbewilligung von 100,000 Dollars zur Bestreitung der amerikanischen Ausgaben Kossuths und seines Gefolges die Rede.

Bericht über die Sitzung der Stadtverordneten

am 5. Januar 1862.

1) Die heutige erste diesjährige Versammlung wurde zunächst mit einigen Worten der Begrüßung an die ein eingetretenen Mitglieder durch den bisherigen Vorsteher Herrn Junizoth Britsch eröffnet und demnach zur Wahl des Vorstehers und Protokollführers und ihrer Stellvertreter geschritten. Das Resultat derselben ist folgendes: Zum Vorsteher wurde erwählt:

Herr Junizoth Britsch;

zu dessen Stellvertreter:

Herr Rechts-Anwalt Göbde;

zum Protokollführer:

Herr Buchhalter-Director Jacob;

zu dessen Stellvertreter:

Herr Leibschreiber Wolff.

Sämmtliche Gewählte nahmen die auf sie gefallene Wahl an. 2) Eine weitere organische Handlung hatte die Versammlung vorzunehmen in der Ergänzung der bestehenden verschiedenen Commissionen. Zu diesem Behufe wurden erwählt:

in die Bau-Commission:

die Herren Trappe und Fuhse,

die Herren Tübke und Schröder;

in die Spritzen-Commission:

die Herren Fuhse, Herr Schröder;

in die Kassen-Revisions-Commission:

die Herren Ripper und Degentolbe,

Herr Kaufmann;

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N^o 9.

Halle, Mittwoch den 7. Januar
Erste Ausgabe.

1852.

Deutschland.

Berlin, d. Provinz Bef...
Regierungs-Präsident v...
Arnsberg hie...
Vorgestern...
rste des Min...
er-Präsident v...
aus Schlesien...
daigen Notstä...
hen wurde.
aats wegen vo...
nung von Arb...
ne Chaussee un...
jenen Kreisen...
ten, haben die...
gemeinnützig...
an sie von der...
er durch Präsi...
Auf dem G...
rfstellung und...
itärischen Post...
tung der Für...
iatcommission...
schlagt, von w...
bewilligen hab...
wie schon au...
stellung der ä...
aus der Eben...



es Leben des...
Berg. Bieter...
Der Kefler di...
gen über die deu...
lich in Gemein...
schaft mit Baiern im deutschen Ausschusse am 20. Oct.
A: „Der König besitze unbedingte Regierungsrechte über seine Unt...
anen, könne ihnen daher das Recht der Berufung an den Bundes...
nicht eintäumen; er tadle die beabsichtigte Sicherung der verfassungs...
sigen Rechte jeder Klasse der Nation, da es noch die Frage sei, was...
er verfassungsmäßigen Rechten zu verstehen sei und ob selbige mit...
Zwecke des Bundes in Verbindung kommen; auch könne es nicht...
cht sein, aus verschiedenen Völkerschaften z. B. Preußen...
Baiern, so zu sagen eine Nation schaffen zu wollen.“
er „erklärte sich Württemberg gegen Beschränkung der Souveräne...
rechte insbesondere durch Untertragung des Kriegsführens, d...
bersehung eines Bundesgerichts und Aussprechen...
es Minimum ständischer Rechte, so wie auch gegen die...
wägung von Unterthanenrechten, welche in einem Staats...
gung durchaus wegfallen müßte. Beide, Württemberg und Baiern,
ritten sich auch gegen Oesterreichs und Preußens Doppelstimme und...
en die Aufnahme der Fürsten in den Bund, welchen sie...
mehr nur zu einem Mittel eignen Herrschaft benützen...
wollen schienen.“
Wenden wir uns zu einem dritten Theilnehmer, von dessen Mit...
tung die Neuorganisation Deutschlands und die Wiederherstellung der...
päischen Ordnung auf dem Wiener Kongresse abhing, zu dem Groß...
gthum Baden. In einer Denkschrift an den Kaiser Alexander

einer Wohnungslocalität für die Besatzung, die sich in Friedensze...
ten nur auf 150 Mann belaufen wird, erstrecken.
In dem neuesten handelspolitischen Artikel der „Preuß. Ztg.“
werden „zur Erklärung der Handlungsweise der preussischen Regie...
rung, welche, seit Jahren bemüht eine deutsche Zollunion zu Stande...
zu bringen, die Mitwirkung bei der österreichischen für jetzt ablehnt“,
die Bedenken erörtert, „welche in dem Wiener Reichsrathe selbst zur...
Sprache gekommen sind und den Fürsten Schwarzenberg bereits da...
hin gebracht haben sollen, mit den Zollprojekten vorwärts zu schrei...
ten, ohne Mitwirkung der Finanz- und Handelsministerien, weil be...
ren Einmischung, auf konkrete Verhältnisse und Sachkenntnis gestüt...
t, unbequem zu werden drohte.“ Diese Bedenken betreffen die Vers...
chiedenartigkeit der deutschen und der österreichischen Gewerbe-Ge...
sehung, das Tabaksmonopol und das in Oesterreich bestehende Ver...
zehrungssteuerhystem.
In Bezug auf die beabsichtigte Reaktivierung des Staatsrathes
bemerkt das C. Z., daß an maßgebender Stelle sich verschiedene
Meinungen darüber geltend machen, ob bei der Reaktivierung des
Staatsrathes lediglich die denselben früher bildenden Persönlichkeiten
einzuberufen seien, oder ob der ins Leben zu rufende Staatsrath
durch neu zu ernennende Personen zu bilden sei.
Die Preussische Wehrzeitung bringt eine sehr beachtenswerthe
Hin deutung auf einen Artikel der londoner Naval and Military Ga...
zette, in welchem über die Sicherheit Englands angesichts der
Vorgänge in Frankreich Klage geführt wird. Die militärischen Jour...
nalisten sehen in den gegenwärtigen Zuständen der britischen Monar...
chie eine große Gefahr, sie fürchten eine französische Invasion und
klagen die Legislatur und die Regierung der Sorglosigkeit und des
Mangels an Wachsamkeit an.
Von „guter Hand“ geht der „B. z. H.“ von hier die Nachricht

den Schwager des Großherzogs von Baden, vom 25. Nov. 1814 schrieb
Stein: „Es fehlt diesem Lande zu seinem Glücke Nichts als eine
väterliche, gerechte und thätige Regierung — es erfreute sich einer sol...
chen unter dem vereinigten Großherzog Karl Friedrich, und findet sich
derselben beraubt seit der Regierung des Großherzogs Karl Ludwig,
dessen Trägheit und Hang zum Despotismus die Be...
wegung der Regierung entweder aufhält oder brüskend
macht. Männer, welche seine Regierung sehr genau kennen, versichern,
daß seit 1811, wo er sie übernommen, mehr als 15000 Ausfertigungen,
die er zu unterzeichnen gehabt hätte, in seinen Zimmern aufgehäuft lie...
gen geblieben sind — seine Neigung zum Despotismus hat sich noch
so eben gezeigt durch die Weigerung am 16. d. M., die Erklärung einer
großen Zahl deutscher Fürsten zu unterzeichnen, worin sie ihren Willen
zu Errichtung von Landständen mit deren wesentlichen Berechtigungen
ausprechen. Seine Trägheit, sein Despotismus werden weniger drückend
gemacht werden, wenn er einen Stellvertreter oder ersten Minister er...
nennt, wenn er seiner Macht durch Errichtung von Landständen mit den
wesentlichsten Berechtigungen der Theilnahme an Gesetzgebung und Ver...
steuerung Schranken setzt.“ Der Schwefel des Großherzogs, der Kai...
serin Elisabeth von Rußland, schrieb Stein am 29. Novbr.: „Ab...
neigung von Geschäften und Hang zur Willkür, und durch sub...
alterne Einwirkungen unterhaltenes Mißtrauen des Regenten
sind die Quellen der Zerrüttung des schönen Landes und der Leiden sei...
ner Bewohner.“ Am Tage vorher hatte Stein eine Unterredung mit
der Kaiserin über denselben Gegenstand, und in Gegenwart des Groß...
herzogs „sprach er sich über dessen Regierungsart ganz freimüthig
und unbefangen aus.“ Ohne alle Einsicht in die Pflichten eines Re...
genten bekundete „der Großherzog seine Regierungsunfähigkeit durch das
größte Mißtrauen. Statt sich bei dem Rathe eines oder einiger bewähr...
ter Männer zu beruhigen, erregte er gewöhnlich über denselben Gegen...

